

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 04/2012

19. Jahrgang

44. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 2. Mai 2012

Stadtverordnete begrüßen die Offerte von Hasso Plattner

Kunsthalle auf Kosten des Hotels „Mercure“?



Einmütige Freude und Dankbarkeit sollte von der Stadtverordnetenversammlung dem Mäzen Hasso Plattner demonstriert werden ob seines Angebotes, für 10 Millionen Euro eine Kunsthalle in Potsdam zu bauen, in der er vor allem Kunst aus der Region, aktuelle und aus DDR-Zeit, zeigen will.

Dazu gab es einen Antrag der Rathauskooperation und einen eigenen der LINKEN, „mit großer Sorgfalt einen geeigneten Standort“ zu suchen, „der einen möglichst breiten Konsens findet und nicht Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen wird“. Das habe Hasso Plattner mehrfach ausgedrückt, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg. Er nannte es „bedauerlich“, dass bereits im Vorfeld der Standort des „Mercure“ fixiert werde. Es gebe auch andere geeignete Standorte wie die Speicherstadt oder den Blücherplatz, eine Festlegung auf das „Mercure“ solle vermieden werden. „Die Kunsthalle würde mit dem Abriss eines Gebäudes belastet, das kein Schandfleck, sondern ein gutge-

hendes Hotel in der Innenstadt mit über 50 Beschäftigten und in einer Architektur, die – wie das Schloss – zur Geschichte Potsdams gehört.“ Zudem stehe dem Abriss des Hotels der Stadtverordnetenbeschluss für die Entwicklung des Standortes der Weißen Flotte entgegen. Er habe den Eindruck, sagte Scharfenberg, dass man in diesem Zusammenhang die Gelegenheit nutzen wolle, das Gebäude abzureißen, denn der Standort Lustgarten sei von der Stadt an den Mäzen herangezogen worden, was absehbar zu Kontroversen führe, die auch Plattner nicht wolle.

Da die Rathauskooperation einen ähnlichen Antrag – allerdings ohne diese Begründung – eingebracht hatte, verständigten sich die Fraktionen auf einen gemeinsamen Wortlaut, der nun, neben der grundsätzlichen Begrüßung der Offerte, die Festlegung enthält, alle „bisher in Rede stehenden Standorte ergebnisoffen“ zu untersuchen. Im Juni soll die Verwaltung die Standortuntersuchung vorlegen.

Mit auf den Weg...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

eigentlich hätte der städtische Haushaltsplan für 2012 schon im März verabschiedet werden können. Da waren allerdings die Kooperationsfraktionen im Unterschied zur LINKEN noch nicht so weit. Im April musste der Tarifabschluss



für den Öffentlichen Dienst als Begründung für eine weitere Verschiebung herhalten.

Nun ist der Haushalt am 2. Mai verabschiedet worden, gegen die Stimmen der LINKEN, denn unsere Änderungsanträge wurden ausnahmslos abgelehnt. Weder der Anspruch auf kostenloses Schulessen für sozial Benachteiligte noch der Uferweg in der Speicherstadt oder die Uferbühne für das Hans-Otto-Theater hatten eine Chance auf Zustimmung durch SPD, CDU, Grüne und FDP, die nur gegenseitig in ihren eigenen Anträgen zustimmten.

Dass die Einnahmeerwartung bei der Gewerbesteuer vom Finanzbeigeordneten innerhalb weniger Tage von 49 Millionen auf 52 Millionen Euro erhöht wurde, hat wenig mit Haushaltstransparenz zu tun, weist aber auf die beachtlichen finanziellen Spielräume hin, über die die Stadt verfügt.

Die Überlegungen zum Abriss des großen Wohnhauses der Pro Potsdam am Staudenhof mit 182 Wohnungen oder auch die Verbindung der Pläne für eine Kunsthalle mit dem Abriss des Mercure zeigen, dass hier mit unterschiedlichem Maß gemessen wird.

Nicht zuletzt ist durch Fehlentscheidungen der Rathauskooperation und des Oberbürgermeisters mancher Euro in den Sand gesetzt worden. Auch das muss mit dem Haushalt verkraftet werden. Auch deshalb muss der Bürgerhaushalt einen höheren Stellenwert erhalten.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Gelebte Bürgerbeteiligung

Am 19. April lud das Bürgeraktiv von Drewitz zu einer Bürgerversammlung in die Turnhalle des Schillergymnasiums ein. Regelmäßig informieren die Mitglieder des Aktivs die Bewohner in ihrem Stadtteil über die aktuellen Vorhaben. Dieses Mal ging es um das geplante Begegnungszentrum in der künftigen Stadtteilschule, wozu es leider keinen Diskussionsbedarf von Seiten der über 100 Teilnehmer der Veranstaltung gab. Was sicher auch daran lag, dass die kurzen Ausführungen des zuständigen Vertreters der Stadtverwaltung auch sehr verhalten und wage waren. Ein Bild über die künftige Ausrichtung konnte man sich ohne Kenntnis des vorliegenden Konzeptentwurfes so richtig nicht machen. Leider unterstützt die gewählte Bürgervertretung in Drewitz den vorliegenden Entwurf bisher nicht, was ich sehr bedauere. Ich sehe in einem Gespräch mit dem Sprecher der Bürgervertretung trotz des ablehnenden Votums vom April d.J. jedoch noch die Chance, ein Umdenken zu bewirken.



Interessanter für die Bewohner war an diesem Abend die Vorstellung der Stadt über das geplante Parkraumbewirtschaftungskonzept. Eine endgültige Entscheidung über den bis dahin geplanten Bau eines Parkhauses an der Erich-Pommer-Straße soll nach Auswertung der Bewohnerbefragung im Mai gefällt werden. Im Anschluss sollen die Anwohner des nördlichen Teils der Konrad-Wolf-Allee in einem Schreiben der Pro Potsdam informiert werden. In Kraft treten wird es Mitte Juni.

Jana Schulze
Stadtverordnete im Wahlkreis
Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld

Rüge für Oberbürgermeister und Beigeordnete

Das hat es noch nicht gegeben in Potsdam: Das Stadtparlament spricht dem Oberbürgermeister Jann Jakobs und seiner Beigeordneten Elona Müller-Preinesberger eine Rüge per Beschluss aus.

Stur hatten beide darauf beharrt, dass es in der Straßenreinigungssatzung die Reinigungsklasse 2, wie im Vorjahr, nicht mehr geben dürfe. Doch die Stadtverordneten hatten gegen deren Willen zweimal ebendies beschlossen. Zweimal hatte der Oberbürgermeister die Beschlüsse förmlich beanstandet, nach der zweiten Beanstandung die Kommunalaufsicht zur Entscheidung angerufen. Und die hatte dann Sitzung und Beanstandung geprüft – und

die Beanstandung zurückgewiesen. So kam es erst in der Mai-Sitzung zum Beschluss einer gültigen Straßenreinigungs- und -gebührensatzung für das laufende Jahr.

Das Verhalten des Oberbürgermeisters, die Drohung mit Haftungsansprüchen, für die sogar namentliche Abstimmung beantragt worden war, die Rücknahme der Beanstandungen ohne ein Wort des Bauerns und der Entschuldigung, veranlasste DIE LINKE dazu, den Antrag zu stellen, das Fehlverhalten des Oberbürgermeisters und der zuständigen Beigeordneten zu rügen.

Die Rüge wurde mit 19 zu 13 Gegenstimmen beschlossen.

Abgelehnt

Kein Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat der EWP

Abgelehnt wurde der Änderungsantrag der LINKEN, den Aufsichtsrat nicht nur mit zwölf, sondern mit 13 Mitgliedern zu besetzen. Damit würde auch ein „ordentlicher Platz“ für einen Vertreter/einer Vertreterin der Belegschaft geschaffen. Der Oberbürgermeister hatte den Standpunkt des Mitgesellschafters E.ON edis übermittelt, der dazu nicht bereit sei.

Garnisonkirche nicht in die Straßenflucht

Nachdem sich herausgestellt hat, dass das Originalfundament der Garnisonkirche nicht für den Wiederaufbau des Turms der Kirche genutzt werden kann, ergebe sich die Chance, das Vorhaben in die heutigen Gegebenheiten einzuordnen, um den jetzigen Straßenverlauf nicht ändern zu müssen. Das erspare erhebliche städtische Mittel.

Der Antrag wurde ohne Diskussion abgelehnt.

Verwaltung beantwortete Fragen der LINKEN

Wasser/Abwasser Max-Eyth-Allee

Seit den Bewohnern der Max-Eyth-Allee vor ca. 1,5 Jahren der Bau von Wasser- und Abwasserleitungen angekündigt worden ist, habe sich nichts getan. Da Nachfragen der

Bürger von der EWP nicht beantwortet wurden, fragte Dr. Gabriele Herzel nach dem Planungsstand des Vorhabens. Baubeigeordneter Matthias Klipp erklärte, dass es sich um einen grundstücksbezogenen Bau handele, bei dem die Anhörung jedes Eigentümers vorgeschrieben ist und gegebenenfalls Planänderungen notwendig würden. Einige Eigentümer haben sich bisher nicht geäußert. Im Oktober dieses Jahres soll Baubeginn sein.

Machbarkeitsstudie Staudenhof

Wann die Machbarkeitsstudie zum Erhalt des Wohnhauses Am Alten Markt 10 vorgelegt werde, wollte Hans-Jürgen Scharfenberg wissen. Matthias Klipp ließ keinen Zweifel am Erhalt des Quartiers, es sei schließlich ein klarer Auftrag der Stadtverordnetenversammlung. Da es keine Eile gebe und im Moment die Prioritäten durch den Bauausschuss anders gesetzt sind, werde das Dokument im Oktober dieses Jahres vorgelegt. Dabei gehe es um die Eckwerte für einen städtebaulichen Wettbewerb, nicht um die Frage, ob es geht oder nicht geht. Er sei gespannt auf die Vorschläge der Architekten.

Geld für Bürgerhäuser ab 2013

Auf die Frage von Jana Schulze nach einer Aufstockung der Haushaltsmittel für Bürger- und Begegnungshäuser antwortete Dr. Iris-Jana Magowski. Da 2013 ein weiteres Begegnungshaus dazu komme, werde der Haushalt von derzeit 724.000 auf 845.000 Euro aufgestockt.

Sämtliche Vorschläge der LINKEN abgelehnt

Der Finanzausschuss hatte schon sämtliche Anträge der Fraktion der LINKEN abgelehnt, und so deutete sich an, dass bei den bekannten Mehrheitsverhältnissen einzig die „Gemeinsamen Anträge der Kooperation“ Eingang in den von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsentwurf finden würden.

Grund genug also für den LINKEN Fraktionsvorsitzenden Hans-Jürgen Scharfenberg, sich offensiv mit dem Haushalt und der Arbeit des Kämmerers Burkhard Exner auseinanderzusetzen. „Die griesgrämige Bewertung des Finanzbeigeordneten, der einen Rückgang von 57.000 Euro bei den investiven Zuweisungen des Landes beklagt und die Erhöhung der allgemeinen Zuwendungen um mehr als 12 Millionen Euro wie selbstverständlich abhakt, weist darauf hin, dass hier auf hohem Niveau gejamert wird.“ Scharfenberg erinnerte an die ausgesprochen pessimistischen Prognosen Exners, obwohl eine positive Entwicklung der Gewerbesteuer in Aussicht stand, die dann tatsächlich mit insgesamt drei Millionen Euro mehr als geplant auch realisiert worden ist. „Aber 10.000 Euro zur Erhöhung des Zinssubventionierungsprogramms für kleine Unternehmen gibt diese Quelle nicht her?“, fragte er. „Natürlich gibt es Spielräume,“ sagte Scharfenberg, „und es kann und darf nicht sein, dass diese aus-

schließlich vom Kämmerer bestimmt werden.“

Falsche Entscheidungen hätten zu Fehlentwicklungen geführt, die mit großem Aufwand auszugleichen waren, die aber auch das Potenzial der Stadt zeigten: 8 Millionen Euro für die Sanierung der Humboldtbrücke, die Vorgeschichte zum Badbau mit Millionenschaden, die belastende Biosphäre, der Weg der ÖPP bei den Schulsanierungen, gegen die DIE LINKE von vornherein gewarnt hatte und der jetzt erst verlassen wird. Die Finanzierung der Transparenzkommission und des Werkstattverfahrens mit Bürgerbefragung zum Badneubau. „Das ist auch mal eben eine Viertelmillion, die diese Stadt ohne größere Anstrengungen aufbringen kann.“

„Vor diesem Hintergrund eines offensichtlich beachtlichen Handlungsspielraums setzt sich DIE LINKE für einen sozialen Ausgleich in Potsdam ein.“ Exemplarisch dafür sei die Einführung eines Anspruchs auf ein kostenloses Schulessen für alle sozial benachteiligten Kinder und Jugendlichen, die an staatlichen Schulen lernen.

Auf die Anträge der Kooperation bezogen, sagte Scharfenberg: „Die Kooperationsfraktionen haben sich in einem bunten Mischmasch gegenseitig Geschenke gemacht. Ein Konzept ist dabei nicht erkenn-

bar. Aber eigentlich ist es lächerlich und inkonsequent. Es schadet nicht, bewegt aber auch nicht viel.“

DIE LINKE weise dagegen mit ihren Anträgen auf erhebliche Defizite im Haushaltsentwurf hin. Dazu gehörten neben den bereits genannten Vorschlägen die Umsetzung des Kita-Pakets, einschließlich der Finanzierung der vom Jugendhilfeausschuss geforderten Qualitätsstandards, die Realisierung des Uferwegs in der Speicherstadt, die Planung der Uferbühne des Hans Otto Theaters, die Erhöhung der Mittel für das Theaterschiff, der Radweg Stern-Schlaatz.

Mit 24 zu 18 Stimmen setzte die Ratshauskooperation den Haushaltsentwurf mit ausschließlich ihren eigenen Ergänzungen durch. Selbst der einzige Antrag eines Ortsbeirates, die Ausbauplanung der Potsdamer Chaussee in Groß Glienicke zu beginnen (20.000 Euro), wurde ausschließlich von der LINKEN unterstützt.

Der neu vorgelegte „Qualifizierte Eckwertebeschluss“ für den Haushalt 2013 wurde in die Ausschüsse überwiesen. Darin gibt es zum Beispiel den Vorschlag, das Begrüßungsgeld für Studenten, die sich in Potsdam anmelden, zu streichen und die Vorstellung, die Grundsteuer B von 495 auf 545 zu erhöhen.

Beschlossen

Garagenstandortkonzept

Im August soll der Oberbürgermeister einen Bericht zum Stand der Umsetzung des Garagenstandortkonzeptes geben. 2008 hatten die Stadtverordneten das Konzept der Garagenstandorte in der Stadt beschlossen. Es sei an der Zeit, sich mit der Umsetzung und den praktischen Problemen zu befassen, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg den Antrag, der mehrheitlich angenommen wurde.

Umsetzungsstrategie für Uferkonzept

Schnellstmöglich soll das vorhandene Uferkonzept der Landeshauptstadt zur Vermeidung weiterer Fehlentscheidungen an den Uferbereichen untersetzt werden. „Dadurch sollen die konkrete Bedeutung und Priorität der einzelnen Uferbereiche für die Gesamtstadt Potsdam, die Kosten

und die Finanzierung in einer angemessen ausgewogenen Strategie geordnet werden, die ein Höchstmaß an öffentlichem Nutzen bei der Erlebbarkeit der Ufer langfristig sichert.“

Das beschlossen die Stadtverordneten mehrheitlich, obwohl Matthias Klipp beteuerte, dass die Verwaltung bereits seit 2001 nach dem Konzept arbeite. Lediglich die Uferabschnitte in den neuen Ortsteilen seien einzuarbeiten.

Überwiesen

Rollsportfeld an der Sporthalle Heinrich-Mann-Allee

Die Erstellung eines Zeit- und Finanzplanes für die Sanierung des Rollsportfeldes an der Sporthalle Heinrich-Mann-Allee hatte die LINKEN beantragt.

Sigrid Müller begründete den Antrag damit, dass der 18 Jahre alte Kunsthartzbelag der von ca. 1000 Rollsportlern genutzten Anlage starke Schäden aufweist. Zeitweise

müssten Vereine bereits auf Berliner Anlagen ausweichen. Die Sanierung war auf den 2. Platz des Bürgerhaushaltes 2010 gewählt worden.

Die zuständige Beigeordnete Dr. Iris Jana Magdowski informierte darüber, dass laut Auskunft des KIS die Sanierung im Rahmen der Neuerrichtung der Außenanlagen des Humboldt-Gymnasiums 2014 erfolgen soll.

Der Antrag wurde in den KIS-Werksausschuss überwiesen.

Erledigt

AWAG-Mietern helfen

Die angedrohte Einstellung der Versorgungsleistungen wegen Zahlungsrückständen des Vermieters sind nach Gesprächen des Oberbürgermeisters bereits im ersten Schritt verschoben worden. Über eine grundsätzliche Lösung werde er den Hauptausschuss am 9. Mai informieren. Damit wurde der Dringlichkeitsantrag der LINKEN als erledigt erklärt.



Was – wann – wo?

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr
14.; 21. Mai 2012; 04.; 11. und 18. Juni 2012

– Sommerferien vom 21. Juni bis 03. August 2012 –

Erste Fraktionssitzung nach den Sommerferien: 13. August 2012

45. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Plenarsaal
06. Juni 2012, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“

Café Staudenhof, Am Alten Markt 10, Stadtteil Potsdam Mitte
10. Juni 2012, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 5/2012

Stadthaus, Raum 3.107
15. – 20. Juni 2012 (außer Sa./So.)
Sie haben auch die Möglichkeit, den Rathausreport an den Info-Ständen der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen zu bekommen.

Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL,

am 15. Mai 2012, von 16.30 Uhr bis 18.00 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)

Anmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Rathausreport Live am Schlaatz

Neue REWE-Kaufhalle auf dem Schilfhof ist in Sicht



Nun haben sie fast drei Jahre auf den Ersatz ihrer Kaufhalle auf dem Schilfhof gewartet, hatten mehrfach Enttäuschungen hinnehmen müssen – jetzt war Projektentwickler Daniel Egenter mit der erfreulichen Nachricht zum Rathausreport Live ins Bürgerhaus Am Schlaatz gekommen, dass im nächsten Frühjahr ein REWE-Markt, um nur 150 Quadratmeter kleiner als der am Horstweg, auf dem Schilfhof gebaut werden soll. Im voll besetzten Saal des Bürgerhauses reichte er den Grundriss der neuen Kaufhalle herum, der darstellte, dass die Eingangssituation der Halle genau wie bisher bleiben sollte. Allerdings habe man nicht so großzügige Parkmöglichkeiten wie im Horstweg zu Verfügung. „Wir gehen davon aus, dass dieser REWE-Markt vor allem fußläufig von den Bewohnern in der Nachbarschaft genutzt wird.“

Das 4200 Quadratmeter große Grundstück sei gekauft, der Mietvertrag mit REWE abgeschlossen, jetzt werde die Bauvoranfrage und der Bauantrag gestellt. Er rechne – nach den Erfahrungen mit den Bearbeitungszeiten in der Verwaltung – mit etwa sechs Monaten bis zur Erteilung der Baugenehmigung. „Parallel dazu werden wir bereits mit dem Abriss beginnen, der etwa zwei Monate

dauern wird.“ Hans-Jürgen Scharfenberg betonte, dass die 3 Millionen Euro teure Investition das beste Zeichen dafür ist, dass dem Wohngebiet offensichtlich eine gute Perspektive gegeben wird. Der Mietvertrag mit REWE wurde über 15 Jahre abgeschlossen.

Allerdings, so die Frage der Bewohner: Was wird mit der REWE-Kaufhalle am Bisamkietz?

Daniel Egenter wich der Frage nicht aus: Es gebe einen Mietvertrag mit REWE bis 2015, eine Garantie für den Erhalt auf Dauer gebe es nicht, aber die Entscheidung werde umsatzabhängig sein. Demzufolge sollten die Bewohner die ihnen gebotenen Einkaufsmöglichkeiten in ihrem Wohngebiet unbedingt nutzen.

Beim Weltmusik- und Stadtfest am 2. Juni am Schlaatz wollen die Bürger die Möglichkeit nutzen, dem Oberbürgermeister, der zu Gast sein wird, die Dringlichkeit der Verwaltungsentscheidung für eine schnelle Baugenehmigung zu bekräftigen.

Dieser Vorgang muss einen „Roten Reiter“ für ein zügiges Genehmigungsverfahren bekommen, waren sich die Bewohner mit der LINKEN einig, die ihrerseits auch weiter ihre Unterstützung zusagte.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam